

Gelehrte fähig
nachst. mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 90 Pf.
vierteljährlich 2.70 Mk.
halbjährlich 5.40 Mk.
jährlich 10.80 Mk.
wird die Post bezogen
1.00 Mk. mehr beigefügt.

Die Neue Welt!
(Abonnementpreis),
wird die Post nicht bezogen,
bei halbjährlich 10 Pf.
vierteljährlich 50 Pf.

Telephon Nr. 1087.
Eingangsbüro-
Wahlrecht Halle a. S.

Sozialistische Welt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Halle-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Geiststr. 21, Hof 2 Cr. Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Cr.

Unsere Plätze an der Sonne.

Aus dem Reichs-Etat ist schon bekannt geworden, daß die deutschen Kolonien einen recht teuren Spaß für die deutschen Steuerzahler darstellen. Abgesehen von den hoch in die Millionen gehenden Kosten und Unterhaltungen, die für mehrere Dampferlinien nach Ostafrika, Ostasien und Australien an den Norddeutschen Lloyd und die Hamburg-Amerika-Linie gesandt werden, und abgesehen von den beträchtlichen Kosten für den Kolonial-Feldpost und die im Interesse des Kolonialbesitzes gemachten Flottenausgaben, die zwar nicht im Kolonial-Etat aufgeführt werden, aber doch zu ihm gehören, erfordern die deutschen Kolonien im nächsten Jahre einen Aufwand von 88 1/2 Millionen Mark, denen nur 11 1/2 Millionen Mark an Einnahmen gegenüberstehen, so daß der bare Reichs-Erfolg 27 Mill. Mark beträgt. Auf Ostafrika entfallen von diesem Zuschuß 6,2 Mill. Mark, auf Kamerun 1,4, Südwestafrika 5,4, Neu-Guinea 0,9, Ostafrika 12,6 Mill. Mark usw.

größte Teil von deutschen Beamten und von der Schutztruppe konstituiert. Die Anzahl nach Deutschland brachte es auf nicht ganz 300.000 Mann.

Große Hoffnungen werden gesetzt auf unseren Besitz in Ostafrika. Aber auch hier haben die eigenen Einnahmen noch nicht ganz 3,5 Millionen Mark erreicht, während die Ausgaben über 9,8 Mill. Mark betragen. Die Zivilverwaltung erfordert 2,4 Mill. Mark, die Militärverwaltung ebenso viel, wozu noch eine halbe Million für die Flotte und 1 Million für gemeinsame Verwendung durch die Verwaltungen kommen. Als einmalige Ausgabe sind 1,8 Mill. Mark für Fortsetzung des Bahnbauwesens Zango-Korogwe eingestellt, für den schon im laufenden Jahre 750.000 Mark vermerkt worden sind. — Wie wenig die Hoffnung auf günstige Plantagen-Entwicklung in Ostafrika begründet ist, dafür legt folgende Tatsache bezeugend Zeugnis ab: Vor drei Jahren war an die Rheinische Handel-Plantagen-Gesellschaft ein sehr beträchtliches Areal für den Exportwert von 97.000 Mark verkauft worden. Die Gesellschaft verlangt jetzt, daß ihr das Areal vom Reich wieder abgekauft und der Ausfuhr zurückgegeben wird, da sie bei Bewirtschaftung der Plantage nicht auf ihre Kosten komme, und wirklich weiß der Etat einen Ausgabeposten von 97.000 Mark zu diesem Zweck auf. Da der Reichs-Erfolg für die Kolonie 6,2 Mill. Mark beträgt, die gesamte Einfuhr sich nur auf 2,5 Mill. Mark beschränkt, so kommen auf jede Mark der deutschen Ausfuhr nach diesem „Platz an der Sonne“ über zwei Mark Reichs-Zuschuß. Die Warenzufuhr aus Deutschland macht nur ein Viertel der Gesamt-Einfuhr nach Ostafrika aus, und der deutsche Handel entwickelt sich sehr langsam.

Stagnation sein. Die Kolonie muß ihre Anziehungskraft für deutschen Untertanennachzug in jeder Form verlieren, das Reich wird dadurch eine Last zu tragen haben, und der Zeitpunkt, in dem Deutsch-Ostafrika seine eigenen, jetzt auf das äuerste eingedrückten Verwaltungsausgaben aus seinen Einnahmen zu decken vermag, wird dann in unabsehbarer Ferne verfließen. Weitere ins Gewicht fallende Einnahmquellen sind unter den heutigen Verhältnissen nicht vorhanden.

Die Subventionen, von deren Ausfuhrung Geoi Götten allein eine Rentabilität der Kolonie erhofft, würden nicht nur ungeheure Verluste beanspruchen, sondern auch ihre Instandhaltung und ihr Betrieb würden dauernd und schwer auf den Staat drücken. Und selbst wenn Deutschland diese weiteren Opfer bringen wollte, wäre der Erfolg höchst ungewiß. Als einst vom Reichstag die Subvention für die afrikanischen, asiatischen und australischen Dampferlinien verlangt wurde, begründete man das auch damit, daß sich dann der deutsche Handel nach jenen Gegenden erlauben würde sich entwickeln würde. Die Subvention wurde bewilligt, aber die Folge blieb aus. Götten selbst nennt im weiteren Verlaufe die Bahn von Dar-es-Salaam nach Morogoro und Tabora eine Geschäftszugbahn; als Ausbeutungsobjekt komme sie vorerst nicht in Betracht. Bedeutendere andere Schätze sind im Innern von Deutsch-Ostafrika zu holen. Wäre das der Fall, so würde die Regierung nicht veräumen, in ihrer Verlage den nötigen Landtag zu schlagen, den sie niemals veräumt, wenn sie nur ein klein wenig Ursache dazu hat.

Die teuersten „Plätze an der Sonne“, wie in angenehmer Umgebung vom Reichs-Etat unsere Kolonien genannt worden sind, bilden demnach Ostafrika und Südwestafrika. Von den 12,6 Mill. Mark Reichs-Zuschuß für Ostafrika verdingen allein die Verwaltungskosten 5,4 Mill. Mark; von dem übrigen verbleibenden Betrag geht das meiste drauf für Hafenbauten und Vernehmungsarbeiten. Eineinfuhr wurden nach Ostafrika im letzten Jahre für knapp 7 Mill. Mark deutsche Waren; doch nicht etwa zum Verkauf an die Eingeborenen für den Verbrauch durch deutsche Beamten und Angestellte. In Eingeborenen wurden Waren in dem lächerlich geringen Betrage von 58.000 Mark verkauft.

Ueber die Zukunft des mit so großen Hoffnungen begrüßten deutschen Kolonialbesitzes in Ostafrika äußerte sich kürzlich der dortige Gouverneur Graf Götten, dem man das Zeugnis eines umsichtigen Verwaltungsbeamten nicht verweigern kann, wie folgt: „Wir müssen doch das Land so nehmen, wie es ist, und nicht, wie es sein könnte! Es gibt für das Land nur zwei Möglichkeiten: Die eine besteht im Verzicht auf jeden Fortschritt. Man verzichte darauf, Deutsche Ansiedler nach den geundeten Vorkündern des Innern zu legen; man verzichte darauf, eine für das Deutsche Reich ins Gewicht fallende Ausfuhr von Eingeborenen- und Plantagen-Produkten zu schaffen und dadurch den Eingeborenen wiederum Ausfuhr für deutsche Industrieprodukte zu machen, man verzichte ferner darauf, Arbeiter aus dem Land zu ziehen und die von ihnen erzielenden Bergwerks-Erträge auch dann lohnend zu machen, wenn sie keine Kolonialerträge sind. Die andere Möglichkeit — und eine dritte gibt es nicht — ist die Aufschließung des Landes durch Eisenbahnen.“

So wird jedes Jahr das deutsche Volk eine erhebliche Menge von Millionen in seine „Plätze an der Sonne“ stecken müssen, ohne jemals hoffen zu dürfen, daß das ausgelegte Kapital wieder zurückfließt. Sollen für invalide Veteranen oder für solche Arbeiter einige Millionen bewilligt werden, dann ist kein Geld da. Für kolonialwirtschaftliche dagegen, die nur Unannehmen verurteilen, aber nichts weiter bringen, hat die Reichsregierung kein offenes Hand. Auch das gehört zur — nationalen Heimatpolitik.

Sagengeschichte.

Eine Parallele.

Zum Wahlprozeß unseres Genossen Herzog bringt die Nation des Dr. Barth eine Gegenüberstellung, die wir besonders unserem hiesigen Schachmacher-Organ, der Halle'schen Zeitung, zur Lesart empfehlen. Die Nation schreibt: „Die einen waren konervative Rittergutsbesitzer, der andere war ein sozialdemokratischer Rechtsanwalt. Die einen mochten

Arbeiter! Gedenket der kämpfenden Weber in Grimmitzschau!

Der Hüttendieb.
Eine Hochlandsgeschichte von Franz Wilmann.

Weniger Mitleid als die Gendarmen, die bei dem erregenden Wiederleben wartend zur Seite getreten waren, kannte der alte Fischer Wastl, der, aus den Sackel kommend, die Lieben erdarmungslos auseinander riß. Die Erinnerung an das Vergangene hatte seinen Groll gegen das Mädchen neu geweckt.

„Fort von der Dorn!“ rief er, „sie hat alles Unglück über dich gebracht; soll sie dich auch betriegen, wie ihre Mutter nicht! Ich leid's nicht, daß sie Dein wird.“

Maris Augen starrten zornig auf. „Wir gehen zusammen, Vater, jetzt lieber nach dem, was ich will, als nach dem, was du willst.“

„Auch der Späthofer füllte sich durch die Worte des alten Fischers beleidigt und trat drohend herzu, aber plötzlich stießen die Worte auf alter Lippen.“

Der Staatsanwalt war zu der Gruppe getreten. „Fischer Wastl!“ sagte er ernst, nachdem seine Augen einen Moment lang mit feuchtschimmernder Teilnahme und tiefer Bewegung auf dem schönen Mädchen geruht. „Wir haben eben Erbsen gehabt mit Eurem Sohn, und Ihr wollt es ihm weigern! Ihr seid ein alter Mann und solltet verzeihen und vergeben, nicht ein unglückliches Mädchen für die Schuld anderer büßen lassen. Ueberleget Euch, wor sprechen uns noch ein ander-mal.“

„Hoher Herr, gnädiger Herr Staatsanwalt, — ich habe — ja — ich —“

Der alte Fischer stand ganz niedergeschlagen und verwirrt da, der gemaltige Weisheit vor der Obrigkeit rege sich wieder in ihm, und während die Gendarmen Wastl in seine Felle zurückdrückten, flarrte er betrogen und mit sich selber unversichert dem sich entfernenden Beamten nach.

„Schon am nächsten Tage traf ein merkwürdiges Schreiben vom Staatsanwalt Guringer bei der vorgelegten Verhörde ein. Er fühlte sich seinem verantwortungsvollen Amte nicht mehr gewachsen und ersuchte um seine Entlassung. Ein Wort der heiligen Schrift:

„Richtet nicht, damit nicht Ihr gerichtet werdet.“ verbot ihm ein weiteres Verbleiben im Staatsdienst.“ Der Späthofer war nicht wenig verwundert, als am Abend des Tages, da Wastl nach Verbüßung seiner Strafe wieder frei gelassen war, der Staatsanwalt in seinem ärmlichen Gäuschen erschien und ihn zu sprechen verlangte.

Als die Hand das Zimmer verließen, begann der Eingekerkerte ohne Umhüllsel: „Gute erste selige Frau, Späthofer, hat Euch nie geliebt, wer der Vater des Mädchens gewesen, dem Ihr in eider Gegenwart und Anwesenheit der arbeitsfertigen Guren ehelichen Namen gegeben. Ich bin gekommen, um es zu tun. Der Schuldige, der sein Unrecht tief bereut, steht vor Euch. Gebt mir die Hand darauf, daß die Sache unter uns bleibt; weder die Hand, noch sonst jemand darf davon erfahren. Ihr bezeugt, daß ich Mitleid nehmen muß auf meine Stellung in der Welt und meine seltsame Frau.“

„Aber das soll mich nicht abhalten, so weit es in meinen Kräften steht, an unserem Kinde wieder gut zu machen, was ich an der Mutter gefehlt.“

Der Bauer war wie aus den Wolken gefallen. „Sie, Herr Staatsanwalt, Sie — ja, ich es denn möglich? Aber ich hab's ja immer gesagt, das Kind ist ganz was anderes, so ganz anders wie wir, das hat man her immer angebetet, daß sie einen großen, hohen Herrn zum Vater haben muß!“

„Lassen wir das,“ entgegnete der Staatsanwalt schmerzlich lächelnd. „Ich habe den Staatsdienst aufgegeben und werde in kurzer Zeit ganz hierher, an den Rattenfels, überziehen, um meine alten Tage in Ruhe zu verbringen. Da möchte ich wenigstens das Kind glücklich in meiner Nähe sehen, und darum bin ich zu Euch gekommen. Der Wastl ist nach meiner Ueberzeugung ein ehrlicher, braver Bursche, aber man hat mir gesagt, daß Ihr ihm die Hand nicht geben wolltet.“

„So schlimm war's nicht gemeint!“ fiel der Späthofer verlegen ein. „Mitleid Sie, der Geringe Reichler war mit ja lieber geneigt, von wegen dem Geld, müssen Sie, aber den mag sie nun einmal nicht, und jetzt, da Sie auch ein Wort mit zu reden haben, da ist's ja was anderes, und wenn mit der Fischer-Wastl.“

„Das lassen Sie meine Sorge sein, mit dem alten Star-topf will ich schon fertig werden.“

Guringer hatte sich nicht gelüßt. Der alte Wastl war ganz heimlich am überdickert, als eines Tages der Staatsanwalt in eigener Person in seine Hütte trat, und der Hand, die ihn begleitete, wagte er unter solchen Umständen nicht mehr die Lippe zu heben.

„Ich denke, Ihr habt's Euch überlegt, Fischer-Wastl, was ich Euch füglich sagte.“ begann der Weidner, und bringe Euch selbst die Tochter ins Haus. Was Euch Sohn getan, ist gesühnt und vergeben, aber er soll nicht ein zweites Mal in Verführung geführt werden. Nicht er, Euer hartes, unerbittliches Herz hat die Schuld getragen, daß er mit dem Gerichte in Verührung gekommen ist.“

Der Fischer war ganz niedererschmettert. Eigentlich hatte der Herr Staatsanwalt ja recht und gegen das Mädel konnte er auch nichts haben. Aber seinem harten Sinn widersetzte es, so ohne weiteres nachzugeben. Er suchte nach einer letzten Ausflucht. „Die Hand ist arm, Herr, und bei der Fischererei — da wird der Wastl auch nicht reich.“

„Doch rasch fiel ihm der Staatsanwalt ins Wort. „Daran, daß er und das Mädchen arm sind, soll ihr Glück nicht scheitern. Der eine hat im Ueberflus, was der andere entbehrt. Das ist eine wahre, ungerichte Einrichtung der Welt, und da ich mit Euch zu sprechen gekommen bin, so will ich selbst die Ausflucht des Mädchens übernehmen und dafür sorgen, daß der Wastl nicht nach Amerika zu gehen braucht.“

„Das gab den Ausschlag; der Alte wagte seinen Widerstand mehr. Ja, gnädiger Herr... Sie müssen's ja wissen, und wenn Sie's wollen und wenn die Hand brav und gut ist, nachher natürlich, kann ich nicht nein sagen.“

Er stürzte der Wastl, der im Nebenraum alles gehört, ganz außer sich vor Freude herein: „Herr Staatsanwalt, daß soll ich der Güte, meine! habe ich das verdient, wie soll ich's Ihnen danken!“

Guringer nahm seine Hand und legte sie mit tiefer Bewegung in die des Mädchens. „Dant mir, indem Ihr das Kind da glücklich macht!“

E n d e.

In Gr. Satze im Reichstagswahlkreise Koberg-Röslin, der andere hatte einen doppelten Wohnsitz, in Kofrod und in Berlin. Die beiden konservativen Wittergutsbesitzer hatten sich als Wahlberechteter und Wähler gemeinschaftlich eine Wahlabsicht schuldig gemacht, indem sie ein paar Duzend Stimmen, die für den freisinnigen Kandidaten abgegeben waren, heimlich und in betrügerischer Weise mit Stimmzetteln, die auf den konservativen Kandidaten lauteten, vertauschten. Der sozialdemokratische Reichstagswahl hatte bei der Hauptwahl am 16. Juni seine Stimme in Kofrod, wo er als Wähler eingetragen war, abgegeben und am 25. Juni bei der Stichwahl nochmals in Berlin, wo er ebenfalls in der Wählerliste stand. In dem einen Fall leugnet die Angeklagten den Tatbestand, ohne zu bestritten, daß sie sich einer Wahlabsicht schuldig gemacht hätten, wenn die ihnen zur Zeit gelegten Handlungen erweisbar seien. In dem anderen Fall gab der Angeklagte offen zu, daß er doppelt gewählt habe, bestritt aber, daß seine Handlung strafbar sei, und schloß eventuell einen Rechtsstreit vor. In beiden Fällen handelte es sich um bisher unbefangene Angeklagte. In beiden Fällen nahm ferner das erkennende Gericht die Schuld als erwiesen an. Bei den konservativen Wittergutsbesitzern im vollen Umfang der Anklage, bei dem sozialdemokratischen Reichstagswahl nur insofern, als er zu Unrecht bei einer Stichwahl in Berlin abgewählt habe, nachdem er bei einer Hauptwahl in Kofrod bereits von seinem Recht als Wähler Gebrauch gemacht hätte. Das erkennende Berliner Gericht kam zu einer Verurteilung von 14 Tagen Gefängnis, lehnte es aber ausdrücklich ab, dem Angeklagten irgend ein erschwerendes Motiv zu unterstellen. Das erkennende Kösliner Gericht verurteilte die Angeklagten zu sechs Wochen Gefängnis.

Wie aber stellen sich die Vertreter der öffentlichen Anklage in den beiden zur Verurteilung herangezogenen Strafkassen? Kösliner Staatsanwalt beantragte sechs Wochen Gefängnis und feiner Ehrenverlust, der Berliner Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängnis und ein Jahr Ehrenverlust. Artikel 4 der Verfassungsurkunde für den preussischen Staat enthält die Bestimmung:

„Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich.“

Die Kunde in Dänemark.

Aus Königsberg wird mitgeteilt, daß jetzt auch in Pommern die bekannnten Sozialdemokraten eine Hausungung aus Anlaß des Hochverratsverfahrens vorgenommen wurde. Anscheinend hat die Rostka keinerlei Erfolg geliefert. Auch ist schwer zu ersehen, auf Grund welcher tatsächlichen Verdachtsmomente ein solche Hausungung unternommen wird. Jedenfalls genügt der im Publikum existierenden Gerüchte die Tatsache, daß jemand ein bekannter Sozialdemokrat ist und in einem Orte wohnt, der geographisch zur Vermittlung einer Druckschleifenkung nach Königsberg geeignet ist. Ferner werden aus Königsberg geradezu ungläubliche Mitteilungen über das Vorgehen der Justizbehörde gegen untere in Untersuchungshaft befindlichen Genossen Braun und Nowogradsch gemacht. Dem letzteren ist jetzt verweigert worden, Besuche seiner Frau selbst unter Aufsicht von Beamten zu empfangen. Dem Genossen Braun ist sogar das bisher gestattete Lesen der mildest liberalen Königsberger Hartungenschen Zeitung verboten worden! Womit verurteilt die Untersuchungsbehörde es zu rechtfertigen? Es ist gänzlich unerfindlich, wie eine solche Maßregel begründet werden könnte. Allerdings könnte unter Parteilosen Braun durch die Zeitung Kenntnis erhalten, daß die öffentliche Meinung Deutschlands gegen das ihm zugesehene Verfahren nachdrücklich zu protestieren beginnt, was aber dann natürlich nicht der Grund des unerlässlich selteneren Verbotens sein!

Der ostpreussische Hochverratsrat fällt seitlich erschlauernde Entscheidungen. Der Dienst des Jarismus hört die Kulturwelt die höchste Entrüstung entfachen.

Gefahren der Flugblatt-Verbreitung in Ostpreußen.

Zwei Genossen kamen am Donnerstag, den 21. Juni, im Memeler Wahlkreise bei der Flugblattverteilung auf das Gehöft eines litauischen Bauern. Da niemand in der Wohnung anwesend war, legten sie die Blätter auf den Tisch. Beim Verlassen der Wohnung kamen ihnen jedoch der Besitzer aus einer anderen Tür nach. Mit den Worten: „Wieder vom verfluchten Braun!“ verurteilte er dem einen Genossen einen Stoß in das Gesicht, daß er auf die Straße fiel. Der zweite Genosse trat er mit dem Fuß in den Unterleib, das er auch zusammenbrach. Die gebildete Stellung des Genossen benutzte der Bauer, um ihn vollkommen zu Boden zu drücken. Dann bearbeitete er dessen Gesicht mit dem Fäustchen in der unheimlichsten Weise. Später erzählte der Bauer im Dorfe, daß er es den Sozialdemokraten ordentlich gegeben habe. Nach Memel zurückgekehrt begaß sich der Gemißhandelte zu einem Arzt, der ihm folgendes Attest ausstellte:

„Am 10. Uhr abends erkrankte der Arbeiter Sch. in meiner Wohnung zur Unternehmung. Diefelbe ergibt folgendes: Das linke Auge ist in seiner Umgebung so geschwellt, daß die Lidpalpe geschlossen ist. In derselben ist klüffiges Blut sichtbar, sowie die Hornhaut rot von Blut unterlaufen. Das rechte untere Auge ist ebenfalls von Blut unterlaufen. Die Verletzung ist Folge stumpfer Gewalt.“

Unter Verweisung dieses Attestes stellte der so arg Gemißhandelte bei der Memeler Staatsanwaltschaft gegen den Besitzer Strafklagen. Nach etwa zwei Monaten erhielt er den Bescheid, daß im öffentlichen Interesse gegen den Besitzer kein Strafverfahren einleitet werden könne, da die Unternehmung die im Strafklagen angeführten Tatsachen nicht als so schwerwiegendes Material ergeben habe. Es gehe auch aus dem ärztlichen Attest nicht hervor, daß hier eine so schwere Körperverletzung vorliege. Es werde abgewartet, gegen den Besitzer auf dem Wege der Privatklage vorzugehen.

Viel Zeit zur Verurteilung über diesen fonderbaren Entscheid blieb den Genossen nicht, denn schon nach 14 Tagen erhielten sie eine Anklage wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs gestellt, die sie am Sonntag, den 21. Juni, bei der Flugblattverteilung in der Wohnung und dem Gehöft des Besitzers, der sie gemißhandelt hatte, begangen haben sollten. Schon am 7. November fand vor dem Schöffengericht zu Memel die Verhandlung statt. Als Zeugen gegen die beiden angeklagten Genossen waren von der Staatsanwaltschaft geladen der beteiligte Besitzer und dessen Dienstmädchen. Auf Grund der Aussagen dieser Zeugen wurde jeder der beiden Genossen, von denen der eine nur einmal vorbestraft, der andere vollständig untertaucht ist, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil ist Berufung eingelegt.

Polizei mit Kanada.

Die Regierung von Kanada hat sich bei Antrag des Quinquagones auf deutsche nach Kanada importierte Waren neue Bestimmungen erlassen, die erheblich strenger sind, als alle vorher in Geltung gewesen. Es wird darin bestimmt, daß der Zufuhrsatz von allen Waren erhoben werden soll, von denen 50 Prozent des Verkaufswertes des Fertigfabrikats in Deutschland erzeugt wurden, wenn auch die Ware als Halbfabrikat vielleicht in ein anderes Land gesandt wurde, um dort fertig gestellt zu werden.

Der liebe Gott und die bayerische Rechtsreform. Im Wahlgesetzgebung der bayerischen Abgeordnetenkammer ist durch das Zentrum unter Mitwirkung der Regierung die Ableistung des sogenannten Verfallensbeschlusses als eine Vorbedingung für Ausübung des Wahlrechtes aufrecht erhalten worden, weil man, wie ein liberaler Parteiführer sagte, ein so wichtiges Geschäft, wie die Ausübung des Wahlrechtes, in Beziehung zu Gott bringen soll. Das Wahlverfahren wurde unter Zustimmung der Regierung vom 30. auf den 25. Lebensjahr wieder herabgesetzt. Bezüglich der Wahlrechte wurde beschlossen, daß jeder Wahlberechtigt möglichst mit dem Gemeindegemeinde zusammenfallen soll, sofern nicht bei größeren Gemeinden oder aus mehreren Ortsteilen bestehenden Gemeinden eine Unterabteilung erforderlich wird. Ein Wahlgebiet soll in der Regel nicht mehr als 3500 Einwohner umfassen.

Das Reichsgericht über den Begriff „Anforderung zur Gewalttätigkeit“. Das Landgericht zu Weichen (Oberstf.) hat am 12. Juni den Redakteur der Gazeta robotnica, Theodor Lukaszczyk, wegen Verlebens gegen die öffentliche Ordnung nach § 130 des Strafgesetzbuchs zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. In der Königin Luise-Grube bei Jähre hatte ein Einzug zur Folge gehabt, daß 20 Arbeiter ihr Leben verloren und hier erhebliche Verletzungen erlitten. Das genannte Blatt hatte hierüber einen Bericht gebracht, an den sich ein Aufruf angeschlossen. In diesem Artikel waren den Arbeitern die Kapitalisten gegenüber gestellt. Das Landgericht hat angenommen, daß dadurch die Arbeiter zu Gewalttätigkeiten gegen die Kapitalisten angeleitet worden seien und daß es sich hier um zwei verschiedene Bevölkerungs-Klassen handle. Die Lage der Arbeiter sei so gefährdet, daß ihre Unzufriedenheit im höchsten Grade erregt werden müsse.

Auf die Revision des Angeklagten hat das Reichsgericht das Urteil aufgehoben und die Sache an das Landgericht zurückverwiesen. In der Begründung wurde ausgeführt: Welches der Sinn eines Artikels ist, das ist an sich Sache der tatsächlichen Feststellung. Wenn das Landgericht zwischen Arbeitern und Arbeitgebern als zwei verschiedenen Bevölkerungsklassen scheidet, so unterliegt dies keinem Bedenken. Bedenklich aber ist die Feststellung, daß nach dem § 130 des Strafgesetzbuchs die Arbeiter zu Gewalttätigkeiten gegen die Kapitalisten angeleitet worden seien und daß es sich hier um zwei verschiedene Bevölkerungsklassen handle. Die Lage der Arbeiter sei so gefährdet, daß ihre Unzufriedenheit im höchsten Grade erregt werden müsse. Auf die Revision des Angeklagten hat das Reichsgericht das Urteil aufgehoben und die Sache an das Landgericht zurückverwiesen. In der Begründung wurde ausgeführt: Welches der Sinn eines Artikels ist, das ist an sich Sache der tatsächlichen Feststellung. Wenn das Landgericht zwischen Arbeitern und Arbeitgebern als zwei verschiedenen Bevölkerungsklassen scheidet, so unterliegt dies keinem Bedenken. Bedenklich aber ist die Feststellung, daß nach dem § 130 des Strafgesetzbuchs die Arbeiter zu Gewalttätigkeiten gegen die Kapitalisten angeleitet worden seien und daß es sich hier um zwei verschiedene Bevölkerungsklassen handle. Die Lage der Arbeiter sei so gefährdet, daß ihre Unzufriedenheit im höchsten Grade erregt werden müsse.

Arbeit zu Grunde gehen, eine Aufreißung zu Gewalttätigkeiten erlitten, so ist nicht erschlich, wieso dann eine Aufreißung liegen soll. Von einer Aufreißung kann aber insbesondere nicht schon dann die Rede sein, wenn ein Artikel einen gewissen Sinn haben soll. Erforderlich ist, daß der Sinn derart ausgeübt ist, daß er denken, die aufgereißt werden zu lassen, verständig wird. Es muß also, wenn eine Verurteilung erfolgen soll, ausdrücklich festgelegt werden, daß der Sinn des Artikels auch den Verfallensbeschlusses sein mußte. Eine direkte Anforderung zur Gewalttätigkeiten ist in dem Artikel mit keinem Worte enthalten, auch ist nicht festgelegt, daß der Sinn so, wie er vom Verfasser gemeint sein soll, von den Lesern verstanden werden mußte.

Jugenderzieher als Glodensführer, Schneefahrer etc. Was alles ein Volksschullehrer zugemutet wird, das erlebte man aus einer Eingabe, die der Oberbürgerliche Organisationsverein an die Oberbürgerliche Landesbehörde gerichtet hat. Es heißt darin u. a.: Die hohe Landesbehörde wolle erwidern, daß die Organisten (als welche meistens die Lehrer funktionierten) von den niederen Kürtlerklassen befreit werden, als bei den Säulen, Beglücke ziehen, Gloden schmeitern, Uhr aufziehen, Kirche reinigen, Fenster waschen, Straßenschilder und Altargeräte putzen, Kirchhofspfade reinigen, Schnee schäufeln, Tor und Tür schließen, Nummern abholen und antworten, Klingelbeutel tragen, bei Kollekten Becken aufstellen und jurid- bringen, Zeichen zu Grabe geleiten usw. Es dürfte in der Tat, wie es in der Petition heißt, nicht mehr getragener sein und der Würde des Lehrers- und Organisationsstandes nicht mehr entsprechen, daß sein Inhaber zu Diensten für die Gemeinde gezwungen wird, die der geringste Arbeiter ebenso gut, ja noch besser verrichten kann als er.

Gesellschaftliche Kontrollverammlung. Die Medienburgische Volkszeitung berichtet über eine Kontrollverammlung in Kofrod; bei der am Samstag im Tioli stattgefundenen Kontrollverammlung war kritische Anweisung gegeben, daß (im Sinne des Tioli) nur leicht aufgereißt werden solle. Unter der Kontrollmännerschaft befand sich auch der Schlachter Sigelmann von hier, der mit seinen bequemen Anzügen ein Gemisch aus Gerechtigkeit, Bescheidenheit und Militarismus. Wenigstens sah der Major Sigelmann das Auftreten des Genannten dafür an, und er ließ den Schlachter Sigelmann, obwohl dieser inständigst um Verzeihung bat, sofort auf 24 Stunden in den Arrest abführen und das auf einem Samstag, an welchem Tage der Schlachter besonders den Verdienst für den Lebensunterhalt seiner Familie erwerben soll. Uebrigens liegt in dem Verfahren des Majors Syden. Denn er räumte sich selbst, daß er auf der Kontrollverammlung vor einigen Tagen mit einem anderen Manne ebenso verfahren sei.

Veteregne Chinafreier. Der Feldwebel Baffe der 1. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 75 wurde vom Kriegsgericht der 57. Division wegen Unterfischung und Uebertretung der Ordnung, begangen während der China-Expedition, zu zwei Jahren zwei Monaten Gefängnis, Degradation und Verlegung in die 2. Klasse des Soldatenstandes verurteilt. Er lag seit dem 5. November 1902 in Untersuchungshaft, weswegen ihm zehn Monate von der Strafe in Abrechnung gebracht wurden. Ein Jahrestag war zum Zweck der Vernehmung aus China nach Hamburg zurückgekehrt. Baffe hatte während seiner Teilnahme an der China-Expedition 5134 Mk., die von den Unteroffizieren erparat und ihm anvertraut waren, damit er das Geld an die Angehörigen der Soldaten in Deutschland sende, unterschlagen.

Ausland.

Schweiz. Die politische Polizei in einer freien Republik. Im Züricher Kantonsrat brachte Genosse Grealich die Handlungsbücherei zur Sprache, welche die Züricher Kantonspolizei der Bundesanwaltschaft in Bern leistet und wofür diese pro 1902 1000 Franken an Spiegeldeltern entrichtete. Grealich erzählte, daß er bei einem Besuche in der Polizeistation zwei Kästen, einen großen und einen kleinen sah, wovon der eine weiße, der andere rote Farben enthielt. Auf seine Anfrage, was das bedeuten soll, wurde ihm die Auskunft, daß der Kasten mit den weißen Karten die anprobrometrischen Elemente der gemeinen, der Kasten mit den roten Karten jene der politischen Verbreiter enthalte. Grealich bezeichnete mit berechtigter Entrüstung es als eine Schande für ein demokratisches Gemeinwesen, Leute, die nichts Schändliches begangen haben, nur wegen ihrer Meinung als Anarchisten wie Verbreiter zu behandeln. Auch die Verhaftungen würden überbracht, damit die Polizei an den Bundesanwaltschaft berichten könne. Das sei ein Mißbrauch der Verhältnisse, auch in

1) [Nachdruck verboten.]
Warysja.
Novelle von Henrik Ibsen.
Deutsch von Wilhelm Thal.
I.
Die größte Ruhe herrschte im Schulsaal von Baranja Glowa. Man hätte sich in Morpheus Reich glauben können. Der Dorfschullehrer, ein bereits älterer Bauer, Namens Franz Bural, lag an einem Tische und trieb ein paar Worte an ein nicht mehr ganz lauberes Papier. Der Schreiber, ein zu den schönsten Hoffnungen berechtigter junger Mann - Herr Zoljstewicz - stand am Fenster und schen eifrig damit befaßt, die Fäden zu verjagen, die ihn beunruhigten. Es flatterten so viele Fäden in der Zimmerluft, daß man sich hätte glauben lassen möchte, daß er in einem Stuhl. Sie hatten die Hände gebunden, die nicht mehr die geringste Spur ihrer früheren Farbe zeigten; sie bedeckten das Glas, das über dem Tisch hängenden Stillenbildes, ebenso wie das Kreuzfahnen, das Papier, den Stempel und die amtlichen Reklamen. Am Fenster saßen aber heute die beiden jüngeren Brüder des Herrn Zoljstewicz. Ein ganzer Fingerringarm flatterte um diesen Kopf herum, ließ sich von dem blauen Haar nieder und bildete dort bemalichte schwarze Flecke. Von Zeit zu Zeit erhob Herr Zoljstewicz die Hand und ließ sie gemessen zurückfallen. Man hätte einen dumpfen Schlag, der Schwarzwald, sich zum nach zur Decke der Schreiber nicht den Kopf, nahm die in seinem Haar liegenden Leichen fort und warf sie zur Erde.
Es war ungefähr 4 Uhr nachmittags. Das tiefe Schweigen herrschte im ganzen Dorfe, denn die meisten Einwohner

waren auf dem Felde beschäftigt. Nur eine Kuh, die vor dem Fenster des Schulzimmers graute, erhob von Zeit zu Zeit ihre schwarze Schnauze, um die Fäden, die sie quälten, zu verjagen; dabei stieß sie jedesmal mit ihren Hörnern an die Holzmauer und jedes Mal rief Herr Zoljstewicz, sich aus dem Fenster neigend: „getrunken hätte!“
„Ach, wenn ich doch der Zufall holen wollte!“ Dann besah er sich nachlässig in einem kleinen, an diesem Fenster hängenden Spiegal und strich sich die Haare glatt.
Der Schullehrer brach endlich das Schweigen:
„Herr Zoljstewicz, schreiben Sie bitte diesen Bericht; mir muß er nicht gelingen - und außerdem sind Sie ja auch der Aktuar.“
Doch Herr Zoljstewicz war an diesem Tage schlechter Laune, und wenn er schlechter Laune war, dann mußte sich der Schullehrer allein aus der Patzche ziehen.
„Was ist das, was ich als Aktuar bin!“ verurteilte er verächtlich; der Aktuar ist dazu da, um an den Bezirksvorsteher, an den Polizeikommissar zu schreiben, nicht aber einem gemeinlichen Dorfschulzen - dem können Sie selber schreiben!“
Nach kurzer Zeit hörte er mit majestätischer Verachtung fort:
„Was ist in der Zeit mich ein Schullehrer? Ein Bauer. Nichts mehr für den Bauern kann man tun, was man will, er wird doch immer Bauer bleiben.“
Damit rief er sich über die Haare und sah sich von neuem in den Spiegal.
Der Schullehrer fühlte sich verletzt.
„Na, was hat einer so was an! Was wenn ich nicht beim Bezirkskommissar Peter getrunken hätte!“
„Das ist was richtig, hoch Glas Thee“, verurteilte Zoljstewicz; „und noch dazu Thee ohne Rum!“
„Das ist nicht wahr: es war mit Rum!“
„No meinetwegen mit Rum. Aber darum werde ich Ihren Bericht doch nicht schreiben.“
Der Schullehrer wurde ärgerlich.
„Na, warum Sie solche unheimliche Natur sind, was brauchen Sie denn beim Aktuar zu werden?“
„Haben Sie mir die Stelle gegeben? Nur weil ich den Bezirksvorsteher kenne.“
„Schöne Bekanntschaft! Wenn er herkommt, wegen Sie nicht die Fäden auseinanderzumachen.“ Die Red.

„Bural, Bural, ich sage Ihnen, Sie haben eine sehr spitze Zunge! Ich habe genug von Ihren Bauernmanieren! Unter denen kann ein Mensch, der Erziehung hat, nur herabfallen; und wenn ich eines Tages ärgerlich werde und Sie und die ganze Gemeinde zum Teufel schide, dann...“
„Was wollen Sie dann tun?“
„Glauben Sie vielleicht, ich könnte ohne Sie und Ihre Gemeinde nicht existieren? Ein Mann, der Erziehung genossen hat, kommt überall durch... für einen gebildeten Menschen braucht man nichts zu befürchten. Erst gestern legte der Bezirkskommissar ein Dokument der gemeinen, der Kasten mit den roten Karten jene der politischen Verbreiter enthalte. Grealich bezeichnete mit berechtigter Entrüstung es als eine Schande für ein demokratisches Gemeinwesen, Leute, die nichts Schändliches begangen haben, nur wegen ihrer Meinung als Anarchisten wie Verbreiter zu behandeln. Auch die Verhaftungen würden überbracht, damit die Polizei an den Bundesanwaltschaft berichten könne. Das sei ein Mißbrauch der Verhältnisse, auch in...“
„Haben Sie nicht schon spitze Zunge!“
„Gut, gut, ich weiß schon.“
„Es herrsche von neuem tiefes Schweigen und man hört nicht weiter, als die Feder des Schulzen, die über das Papier hinrührt.“
„Endlich richtete er sich auf und wuschte die Feder an seiner Höhe ab.“
„Gott sei Dank, ich bin fertig!“ rief er.
„Haben Sie das mit vor, was Sie da zusammen geschmiedet haben.“
„Was ich geschmiedet habe? Ich habe gerade das Richtige geschrieben.“
„Ich sage Ihnen doch, Sie sollen mir Ihr Geschriebel vorlesen.“
Der Schullehrer nahm das Papier und begann:
„An den Schulzen des Dorfes Warysja. Im Namen des Vaters, des Sohnes, des heiligen Geistes. So ist es. Der Bezirksvorsteher Kotel wünscht, daß die militärischen Eintragungen von der Mutter Jungfrau Maria und die Meilungen beim Brieter stattfinden sollen. Oben sollen die Tagelöhner, die den 18. Lebensjahr vollendet haben, vor der Mutter Maria nicht verpflichtet werden; wenn sie herkommen, werden sie nur Kerger haben, was ich ihnen wünsche und mit auch.“ Amen.“ (Fortsetzung folgt.)

lofen, als sie doch unfähig wären, einen ordentlichen wahrheitsgetreuen Bericht zu machen. Genosse Parzer äußert konstatierend, daß nicht nur Anarchisten sondern auch Sozialisten überführt werden. So habe er selbst auf der Volkskammer zwei Rapporte über sich gelesen. In einer Streifenvermittlung hätten sich acht bis zehn Streifenpolizisten eingeschoben, aber an die richtige Seite befördert werden. Weiter meint er, man sollte sich hüten, vom Bundes Geld für Polizeidienst anzunehmen. Der Volksbeauftragte, Regierungsrat Dr. Stöckel, einer der wenigen ehrlichen Demokraten, die von der alten Garde noch geliebt, verleiht die Polizei in einer solchen Weise, als wollte er selbst sie verschlingen. Genosse Lang erging die Ausführungen Grewills und Pflügers noch durch die Feststellung, daß die Signalelemente von Polizeien auf Grund der ungläublichen Mitteilungen von oft sehr zweifelhaften Personen gemacht werden. Wenn man die Rapporte kennen würde, so wüßte die politische Polizei mit Recht dem Flusche der Wahrheit. Man sollte mit der politischen Polizei endlich aufhören und die 25 000 Fr., die sie alljährlich dem Bund kostet, für nützliche Zwecke verwenden. Lang erwähnte auch, daß von über 1000 „politisch anrüchlichen Personen“ Signalelemente vorhanden sind. Also eine lebende Polizeiwirtschaft, die eine Schande für die demokratische Republik ist.

Ungarn. Die Obstruktion im Abgeordnetenhaus ist zu Ende. Am Freitag hat die Unabhängigkeitspartei beschlossen, die Obstruktion einzustellen, da Graf Tisza in der Kammer dem ungarischen Chauvinismus entgegenkommen war.

Rußland. Ein Opfer der russischen Dief-schnüffel in Finnland ist der vor kurzem nach Blau verbannte finnische Bürgermeister Gallonblad geworden. Er hatte in einem an einen hohen gerichteten Brief von dem „laissez-faire Meinigen“ gesprochen — wohl in Bezug auf die Untergrabung der vom Zaren beschworenen finnlandischen Verfassung. Der Brief wurde im „Schwarzen Kabinett“ gelesen. Daß der Absender nur mit Verbanntem bestraft wurde, bezeugen die russischen Behörden als ein Zeichen besonderer laizistischer Milde. Der Empfänger des Briefes wurde aus Finnland ausgewiesen. Dies mag zur Warnung für diejenigen dienen, die mit Freunden in Finnland korrespondieren, daß sie alles vermeiden, was den Absender Schaden bringen könnte.

Amerika. Ausbaues des Marinismus in den Vereinigten Staaten. Der Senat hat das Marine-Departement hat dem Kongress eine Vorlage zugehen lassen, welche die Errichtung eines Generalstabes der Marine sowie den Bau von Festungswerken auf der Insel Guam, den Marianen-Inseln und der Subig-Island vorstelt. In der letzteren sowohl wie in Olongapa sollen große Docks angelegt werden. Außerdem wird die Ermächtigung nachgesucht, jährlich einige Zerstörer für die Marine bauen und sämtliche Kriegsschiffe mit Apparaten für drahtlose Telegraphie versehen zu lassen.

Australien. Bei den Parlamentswahlen wurden gewählt zehn Ministerielle, zwei Freihändler und zwei Mitglieder der Arbeiterpartei. Die Stimmung ist Deutschland gegenüber unfreundlich, infolge der Exekution der Schulzöllner. — Die Behauptung, daß Deutschland gegen Australien ebenso wie gegen Kanada Wiedererregung über könne, wird verächtlich, da es sicher gilt, daß die australische Wölle unentbehrlich für Deutschland ist.

Parlamentarisches.

Die parlamentarischen Wunschzettel sind nunmehr von fast allen Fraktionen des Reichstags in Gestalt von Initiativanträgen eingereicht worden. Nur die Sozialdemokratie fehlt noch; nicht weil sie nichts zu wünschen hätte, sondern weil sich unter ihren Anträgen mehrere umfassende Segenwürter befinden, die in diesen Tagen nochmals von besonderen Kommissionen durchberaten werden. Da in der Beratung der Initiativanträge die Fraktionen der Reiche nach Berücksichtigung werden, ist es zweckmäßig, daß die Sozialdemokratie nicht auch solche Anträge stellt, die bereits von anderen Fraktionen eingereicht worden sind. Alle innerhalb 10 Tagen nach Eröffnung des Reichstags eingegangene Anträge werden als gleichzeitig gestellt behandelt. In der neunten der Sozialdemokratie einzubringen Initiativanträge, die wir schon vor acht Tagen bekannt gegeben haben, werden sich noch einige neue stellen. Bis jetzt liegen dem Reichstags folgende Initiativanträge vor: Die freisinnige Volkspartei verlangt stärkere Maßnahmen gegen Soldatenverhandlungen, die das Volk beunruhigen und „dem guten Ruf der deutschen Armee Eintrag tun.“ Die Nationalliberalen wünschen, daß den Soldaten des Landheeres und der Marine jährlich zu einer Urlaubsreise in die Heimat auf den Eisenbahnen Freifahrt hin und zurück gewährt werde.

Die Kläffer, unterstellt von den Völkern, fordern ein neues Wahlsystem für die Wahlen zum Bundesauschuß für Beschäftigten, welcher für das Reichsland die Stelle des Landtags vertritt. Die Wahlen sollen allgemein, gleich, direkt und geheim sein.

Die Reichspartei (Freisinnler) eruchen um Ausbeziehung der Inhabereigenschaften „auf die im Handwerk beschäftigten Personen“.

Die Konjunkturfragen betragen: 1. Unfallversicherung für die im Beruf verunglückten Personen der freiwilligen Feuer- und Wasserwerke. 2. Besondere Versicherung der Privatbeamten. 3. Obligatorische Versicherung aller Kaufleute gegen Krankheit, Invalidität und Unfälle. 4. Einschränkung des § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach jeder, der ein Tier hält, für den Schaden aufkommen muß, den das Tier anrichtet. Die Antragsteller verlangen, daß die Ersatzpflicht nicht eintritt, wenn bei Benützung des Tieres die erforderliche Sorgfalt beobachtet worden ist. 5. Das Halten von Verlegungen soll nur solchen Personen gestattet sein, die das 24. Lebensjahr vollendet und die Berechtigung zur Führung des Meistertitels haben. 6. Ausdehnung der Betriebsheilige auf alle, deren Erwerbsfähigkeit dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist. 7. Aufhebung des § 94 des Gewerbe-Unfall-Versicherungs-Gesetzes und Vorforderung der früheren Bestimmung über Annullierung eines Meisterehrens.

Das Zentrum verlangt: 1. Gleichmäßigere Gestaltung und Einschränkung der Sonntagseruhe im Handels- und Gewerbe. 2. Gezielte Regelung der Arbeitszeit, Räumungsfreit, Sonntagseruhe und Fortbildung der Schiffe bei Rechtsanwältinnen, Notaren, Gerichtsbeamten sowie der Beamten und Angestellten der Krankenkassen, nach Maßgabe der für die Bundesangehörigen geltenden Bestimmungen. 3. Sicherung der Fortbildung der Bauhandwerker. 4. Reichsberggesetz und Befähigung der Bauhandwerker. 5. Veräußerung des Gesetzes über den unautonomen Wettbewerb, Regelung des Ausverkaufswesens, Vereinfachung der Güter des Gesetzes über die Abzahlungs-geschäfte und das Verbot an die Beamten des Reiches, des Heeres, der Marine und des Staates sowie von Offizieren, sich zum Betriebe von Warenhäusern zu vereinen. 6. Befähigungsgewehr für das Bauergewerbe und Einschränkung des Verleihenshaltens auf Personen, die den Meistertitel führen dürfen. 7. Bauarbeiterklub. 8. Einschränkung der Arbeitszeit für verheiratete Fabrikarbeiterinnen auf höchstens 9 Stunden täglich. 9. Tagelöhner an die Reichs- und Landesgerichten in Höhe von 20 Mk. täglich für jede Sitzung der sie betreffen. 10. Aufhebung des Feuilletergesetzes. 11. Freiheit der Relationsführung. 12. Interpellation über Regelung der privat- u. öffentlich-rechtlichen Verhältnisse der Versicherungs-Erträge und Arbeitskammern.

Als Stadträte der erste Leistung sind von der sozialdemokratischen Fraktion die Genossen Bebel und Singer bestimmt worden. Zu den Anträgen der Fraktion gehört einer auf Wiederherstellung der früheren Bestimmungen über die Wortmeldungen zur Geschäftsordnung. Ein weiterer Antrag verlangt, daß in jedem Bundesstaate eine Volksvertretung auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts für alle Personen über 20 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts zu wählen sein soll. Weitere Anträge beschäftigen sich mit Erziehung eines Reichs-Arbeitsamts und Arbeiterkammern, mit Aufhebung des Verbotens über Majestätsbeleidigung, mit Aufhebung der Straftat für Abgeordnete während der Session. In der nächsten Fraktionssitzung wird ferner noch Beschluß gefaßt werden über einen Gesetzentwurf zur Sicherung des Wahlrechts, über Einführung geheimer Kennzeichenssysteme und über andere Initiativen.

Bei der Schriftführerwahl sind gewählt worden die Abg. Hinburg (son.), Pauli-Oberbarium (freisinnl.), Rees und Frhr. v. Thunelst (Ztr.), Herms u. Biell (Ztr.), Volksp. sowie Graf v. Bruders-Mielahnst (Volk). Die Genossen Fischer und Schupp haben nur die Stimmen der Sozialdemokraten erhalten.

In Fraktions-Vorständen haben gemäß die Nationalliberalen den Dr. Sattler, das Zentrum den Grafen von Hohenhausen, die Abg. Spahn und Schädler als Stellvertreter, die Polen den Fürsten Radziwill und den Dr. Garlinski als Stellvertreter. Abg. Koranyi, der gegen den Willen des polnischen Fraktionskomitees gewählt worden ist, wurde ohne Widerspruch als Fraktionsmitglied anerkannt, während der gleichfalls radikale Volkspartei, der bisher entscheidender Gegner der Fraktionslösung war, erst nach lebhaftem Widerspruch Aufnahme als Fraktionsmitglied fand.

Wahlproteste sind seitens der Liberalen eingereicht worden gegen die Wahl in Schlesien, Bayern und Süddeutschen. In ersterem Kreise liegt der Abgeordnete Matzgen mit 208 Stimmen über Dr. Barth, im letzteren der Konservative Schlüter mit 500 Stimmen über den freisinnigen Prof. Dr. Rüst. In beiden Kreisen liegt sich der Protest auf große Wahlbeeinträchtigungen und Verträge gegen die Wahlordnung. Auch gegen die Wahl des Dr. Höpfel in Gießen, der mit 850 Stimmen über Dr. Lewitt (frei. Vereinig.) siegte, ist Protest angemeldet worden. — Die Sozialdemokraten haben Protest erhoben gegen

die Wahl des Antifemiten Gräfe, des einzigen ordnungsgemäßen Abgeordneten aus dem Rheinregal Saagen.

Wegen einer Wechselstäre soll vor einiger Zeit verhaftet worden sein ein Münchener Großindustrieller, Reichstags-Abgeordneter für einen ausländischen Wahlkreis und Landrat. Erkannt nach kurzer Zeit wurde jedoch wegen angeblicher Entfrachtung seine Haftentlassung verweigert, und es soll sich der Verhaftende in einer Heilanstalt befinden. Die Unterjüngung nimmt jedoch ihren Fortgang.

Parteinachrichten.

— **Gemeindevahlen.** In dem russischen Orte Dären-ebersdorf wurde die ganze sozialdemokratische Affäre gemäß. 31 Stimmen. Bei der Stadtvorordnetenwahl siegte in der dritten Klasse die beiden Kandidaten der Sozialdemokratie. In Königsberg kamen die Parteigenossen in zwei Bezirken mit fünf Kandidaten in die Stichwahl.

In Garzgerode wurde zu den drei bisherigen sozialdemokratischen Mandaten ein viertes hinzugekommen. Die Parteigenossen in Ohlau haben zum ersten Male ihre Kräfte bei der Stadtvorordnetenwahl versucht. Sie brachten es dabei auf 51 Stimmen gegen 217 gemerichte.

In Deßau bei Leipzig siegte die beiden sozialdemokratischen Kandidaten und ebenso in Weissen bei Essen wie in Gelmarsbüchen im Kreis Soltau. Einen glänzenden Erfolg erlangen die Genossen in Bant (Odenburg). Hier gelang es ihnen mit 1000 gegen 1200 gemerichte Stimmen. Sozialdemokraten liegen jetzt in obdenbürgischen Gemeinderatwahlen in Bant, Delmenhorst, Lappens, Dämische und Neunde-Nordenham.

Aus Baden schreibt man: Anlässlich der Gemeinderatswahl in Bruch wird zum ersten Male wieder der Name Philipp Stegmüller offiziell genannt, der seit einiger Zeit in die Partei zurückgekehrt ist. Er wurde von der Vorkamer Sozialdemokratie als Kandidat zum Gemeinderat aufgestellt, fand aber nicht dem alten Parteigenossen Marquardt, der neuerdings der Parteibewegung wieder gewisse Aufmerksamkeit schenkt, seine Beachtung bei der übermächtigen freisinnigen Partei. Die Sozialdemokratie besteht in der Vorkamer Gemeinderatwahlen eine Fraktion von 20 Aufschwungmitgliedern, jedoch keine Vertretung im Gemeinderat.

In Saagen: Johanna angeordnet wurde die ganze sozialdemokratische Affäre mit acht Kandidaten gemäß. In Döbeln zieht zum ersten Mal ein Sozialdemokrat ins Stadtvorordneten-Kollegium ein.

In Württemberg: In Cannstadt wurden zwei Parteigenossen gewählt, während wir bisher nur ein Mandat besaßen. Zwei Genossen wurden auch in Ellingen gewählt. In Oberklingen und Kelllingen siegte die vom Arbeiterverein vorgeschlagenen Kandidaten. Zur Gemeinderatswahl in Stuttgart ist veröffentlicht der Vorschlag des dortigen sozialdemokratischen Vereins folgendes:

Zwischen 1. dem Konservativen Verein, 2. der Deutschen Partei Stuttgart, 3. dem Arbeiterverein der Katholiken, 4. dem Volksverein Stuttgart, 5. dem Sozialdemokratischen Verein Stuttgart, 6. dem Vereinigten Bürgervereinen Stuttgart, 7. dem Stuttgarter Hausbesitzerverein, 8. dem Stuttgarter Arbeiterverein ist folgendes Abkommen getroffen worden:

I. Die genannten Wahlgruppen einigen sich zum Zwecke der Vereinfachung und Verbilligung des Wahlmodus bei der Gemeinderatswahl 1903 auf folgende Punkte:

1. Den sämtlichen, aus der Wahlliste zu entnehmenden Wahlberechtigten werden die Wahlzettel der acht Gruppen unmittelbar am Tage vor der Wahl unter Aufsicht der Volkspartei.

2. In den einzelnen Wahllokalen wird ein für die acht Gruppen gemeinschaftlich tätiger Wahlkassierer (in Außenbezirken zwei) aufgestellt, welcher jedem zur Wahl Schreitenden auf Verlangen die Wahlzettel der acht Gruppen unter Aufsicht überreicht. Für diese Wahlkassierer ist eine genügende Anzahl Arbeiter zu bestimmen.

II. Die Kontrolle über die Vollständigkeit der Adressen, die richtige Überlegung in die Adressen und Streifenänder, sowie die Kontrolle über das Vorhandensein der Wahlzettel an den Wahllokalen und die Aufsicht über die Wahlkassierer wird von sämtlichen Wahlgruppen gemeinsam durch Vertrauensmänner ausgeübt.

III. Die Kosten der gemeinschaftlichen Aktion werden von den acht Gruppen zu gleichen Teilen gemeinschaftlich getragen.

IV. Die kontrahierenden Wahlgruppen sind darüber einig, daß durch die hier vereinbarte gemeinsame Tätigkeit keinerlei Einschränkung in der Ballotage geschaffen sein soll. Insbesondere steht es den einzelnen Gruppen frei, durch Beilegung der Wahlzettel in den Zeitungen, durch Zustellung von Flugblättern oder Zirkularen usw. die ihnen geeignet scheinende Agitation zu entfalten.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Robert Fette in Halle.

Metropole Berlin.
Hierdurch werden alle Besucher von Gredtsbildern bei obiger Firma zu einer Besprechung zwecks Stellungnahme am Dienstag den 8. Dezember, abends 8 1/2 Uhr in Potsdamer Restaurant, Charlottenstraße 19, eingeladen.

Morgen Dienstag
Schlachte & Co.
Carl Siegel, Steg 6.

Puppen-Betten,
Oberbett, Unterbett,
2 Kissen mit Leberzug 2 Mark.
Edward Graf,
Betten-Special-Geschäft,
Marktplatz 11.
Puppen-Mantel.

Kanarienvögel.
Mittwoch den 9. Dezbr. laufe Kanarienvögel u. Weibchen zu den höchsten Preisen im Zentral-Post.

Fisch, lammtromm,
fernelund, 10 Jahre, sieht
schön, für Wärmer od.
Geschäftsleute passend,
zu verk., da für meine od.
Biede zu sein. Hoffe, Gröberstr.
2122 an Hnd. Markt, Gröberstr.

Wer bares Geld
sparen will, kaufe keine fälschliche Herren-Garderobe bei
Moritz Rosenthal.
Wer viel Geld
im voraus verdienen will, bestelle meinen Anzug nach Maß bei
Moritz Rosenthal.
Da bekommen Sie einen realen, billigen und guten Anzug für wenig Geld.
Anerkannt billige Preise.

Moritz Rosenthal
Leipzigerstrasse 17.

ff. Rosinen à Pfd. 30 Pfg.
ff. Corinthen à Pfd. 22 Pfg.
gem. Zucker à Pfd. 20 Pfg.
ff. Mandeln à Pfd. 90 Pfg.
officiert

A. Trautwein,
Grosse Ulrichstrasse 31.
Mitgl. des Rabatt-Clubs.

Schuhwarenhändler
empfehle mein großes Lager in
Filzschuhen und Pantoffeln
zu außerordentlich billigen Engrospreisen.

H. Elkan
Kaufhaus Halle a. S.
Leipzigerstraße 87.

Spazierstöcke
in neuester Muster.
Silbergriffstöcke
von M. 3 bis 18.
Elfenbeingriffstöcke
von M. 3 bis 21 empfiehlt
4! Ernst Karras jun.
Leipzigerstr. 4.

Christbaum-Verkauf.
Echt holländische Plüsch- und Geklemben
Otto Rössler & Max Hottenrott
„Nauher-Gäßl“. Große Ulrichstraße 51.

Aufsichtspostkarten
empfehle in großer Auswahl
Die Volksbuchhandlung.

Noch nie dagewesen!
Beachten Sie! meine Preise.
Als erste
Rester-Handlung
mit Tuchen u. Partiestoffen
liefern ich
einen anerkannt guten
Anzug nach Maß
von **18.—** Mark
an,
Paletots nach Maß
von **17.50** Mark
an
unter Garantie
für tadellosen Sitz.
Eigene Zuschneiderei.
Werkstatt im Hause.

G. Paul,
Gr. Ulrichstr. 21, 1 Tr.
Seitenergang.

Unserem Kollegen
Heinrich Joerster
in Kamenborn zu seinem heutigen Geburtstag den herzlichsten Glückwunsch.
Mehrere Kollegen.

Fr. Fricke, Holz, Pantoffel, Fabrik, Mansf. 47.
empfehle sein Lager in
Solz, Schuhen, Filz, Schuhen, Holz, Pantoffeln, Leder, Pantoffeln, Filz, Pantoffeln, Filz, Pantoffeln,
in nur prima Qualitäten.
Für Wiederverkäufer u. Einzelverkauf.
Zurichische! Allen Zurichern empfehle meine berühmten Zurichische in Seesand und Leder mit Gummi- und Lederrollen. (M. d. T. B. Fricke.)
Ich warne hiermit jedermann, meine Frau **Maria Janetzko** geb. Wittke etwas auf meinen Namen zu borgen, da ich für seine Zahlung aufkomme.
Groitzschen, Karl Janetzko.

Zu
Gechenken und Verlosungen pass.
empfehlen:
Postkarten-Albuns,
sehr schöne Muster.
Japier-Kassetten,
große Auswahl, feiner Inhalt.
Briefbogen und Inverts,
10 Feinlig-Postung, gute Ware.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung.



Krimmischau.

Zum Kampfe um den Besetzungstent.

Die seit 16 Wochen im heidenmütigen Kampfe gegen die Unternehmer stehenden Arbeiter in Krimmischau werden jetzt von der Polizei verhandelt...

Die dienstliche neue politische Unterfertigung der Fabrikanten hat den Arbeiter den Bereich überlassen...

Wir hoffen zuversichtlich, daß es der Ausdauer der tapferen, gegen Hunger und Elend kämpfenden Streiter...

Auf die Verbauer Textilfabrikanten war von interessanter Seite eingewirkt worden, die Verbauer Textilarbeiter...

Die Verhängung des Belagerungsanlasses

ist am Sonnabend schon für gut mitgeteilt. Das Dokument fälschlicher Schande lautet wörtlich:

Bekanntmachung.

Da in Krimmischau und Umgegend durch die in den letzten Tagen wiederholt stattgefundenen Volksaufstände...

1. daß alle öffentlichen Auf- und Abzüge und alle öffentlichen Versammlungen...

Somit werden die bestehenden Anordnungen wiederholt in Kraft gesetzt...

Widau und Krimmischau, 4. Dezember 1903.

Kgl. Amtschauptmannschaft Widau.

Stadtrat.

Dr. Schorr u. Garolisch.

Das Gendarmeaufgebot erfuhr Sonnabend eine weitere Änderung.

Eine Deputation aus Arbeiter in Krimmischau hat Sonnabend nach Dresden gefahren...

Ein Schrei der Entrüstung sollte aus den Reihen der deutschen Arbeiterschaft...

Kleines Feuilleton.

Neues Theater.

Es mag reichlich ein Jahr her sein, als der Simplicissimus ein recht kostbares...

Die dreizehnte Schwand- in Vertretung von Prinz Gordon...

Beispiel wurde flott und sicher und zwar von allen beteiligten Mitleiden...

Krimmischauer Stoffgenossen, die unter so unendlich schwierigen Umständen...

Der sechste sozialistische Agrarkongress in Belgien.

Am 29. November und die folgenden Tage fand im Maison du Peuple zu Brüssel ein Agrarkongress der sozialistischen Arbeiterpartei Belgiens statt.

Nach dem Bericht des Reduktors des Labourer, des Genossen Debarry...

Table with 2 columns: Percentage and Amount (e.g., 2 Hektar 603 000, 2-5 100 000, etc.)

Siezen schloß Debarry seine Meinung über die Art der Propaganda auf dem Lande...

Wie die Sozialisten schloß sich eine lange Diskussion, welche mehrere Sitzungen ausfüllte.

Kriegsgericht der 8. Division.

Halle, 7. Dezember.

Vorfänglich falsche Meldungen bei dem Scheibenhiebten veranlaßt hatten...

ment Nr. 36. Sie hatten sich an einem Tage verabredet, die Meldungen...

Wegen Widerstandes war der Musiker Hermann Günzler...

Eigenumsvergehen. Der Kanonier Schlicht vom Artillerie-Regiment Nr. 73...

Invorständig gehandelt hatte der Musiker Friedrich Wilhelm Karius...

lang ausgesprochen sind, hat sich Herr Gordon die Ausnützung des Konflikts...

Zu Beateleins 'Japankreis', der heute abend im hiesigen Stadttheater...

Ordnungen: Der Herr Theaterdirektor wünscht den Herrn Obersten...

Direktor: Sie haben gewinkt, Herr Oberst? Herr Oberst: Sie haben mich Beateleins 'Japankreis'...

Direktor: Sie haben gewinkt, Herr Oberst? Herr Oberst: Sie haben mich gewinkt, Herr Oberst...

Direktor: Sie haben gewinkt, Herr Oberst? Herr Oberst: Sie haben mich gewinkt, Herr Oberst...

Die deutsche Südpolar-Expedition mit dem Schiffe Gauß unter Führung des Professors Dr. Drygalski...

geht eines neu aufgekauften Landes, auf dem eisbedeckten Meer...

Der Operateur des Kaisers, M. Soden schreibt in der neuesten Nummer...



eine Unterförs als Verleumdung annehmen, daß seine Aussagen ...

Gewerkschaftliches.

Einem Vertragsbruch schließt Mr. Hart die ...

Gewerkschaftliches.

Vorländer: Landgerichtsdirektor Fromme, ...

Gewerkschaftliches.

Vorländer: Landgerichtsdirektor Fromme, ...

Die gebildeten Sachverständigen kamen zu dem ...

Gewerkschaftliches.

Vorländer: Landgerichtsdirektor Fromme, ...

Gewerkschaftliches.

Vorländer: Landgerichtsdirektor Fromme, ...

Vorländer: Landgerichtsdirektor Fromme, ...

Galle und Jugend. Gallé, 7. Dezember.

Ein gräßliches Unglück ereignete sich am ...

Der trägt nun die Schuld, daß über ein ...

Weihnachtsbücher.

Im Verlag der Frauen-Vereinigung zu Leipzig ...

2 Märchen von Dr. Grimm. Mit Bildern von Bernuth ...

Vom 10. Jahre an: Anderien, Märchen (Auswahl). Mit 10 Bildern von Specker.

